



Gudrun Witter
Referat Öffentliche Finanzen; Personal im
öffentlichen Dienst

Telefon: 03681 354-261
e-mail: Gudrun.Witter@statistik.thueringen.de

Gemeindefinanzen in Thüringen 2009

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2009 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4,75 Mrd. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4,77 Mrd. Euro gegenüber.

Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2009 ein Finanzierungsüberschuss von 21 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 335 Mill. Euro 181 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2,34 Mrd. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 039 Euro, 39 Euro weniger als 2008.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2009 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landratsämter) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2009 **Ausgaben** in Höhe von 4 750 Mill. Euro, das waren 2 104 Euro je Einwohner (EW). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 235 Mill. Euro oder fünf Prozent, der sowohl auf höhere Personal- und Sachinvestitionsausgaben als auch auf höhere Ausgaben für soziale Leistungen und höhere laufende Sachausgaben zurückzuführen ist.

Trotz gestiegener Ausgaben und geringerer Einnahmen noch positiver Finanzierungssaldo

Im gleichen Zeitraum verringerten sich die kommunalen **Einnahmen**. Sie sanken leicht um 27 Mill. Euro oder 0,6 Prozent auf 4 771 Mill. Euro (2 114 Euro je Einwohner).

Hauptgrund dafür waren die um 62 Mill. Euro niedrigeren Steuereinnahmen. Dennoch errechnete sich aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen ein positiver Finanzierungssaldo von 21 Mill. Euro (2008 = 282 Mill. Euro).

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

	Gesamtausgaben ¹⁾	Gesamteinnahmen ¹⁾	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro je EW
2007	4 366	4 635	+ 269	+ 117
2008	4 515	4 797	+ 282	+ 124
2009	4 750	4 771	+ 21	+ 9

¹⁾ ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2009 bei 1 257 Mill. Euro oder 557 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg um 71 Mill. Euro festzustellen, der vorrangig auf die im Jahr 2009 wirksam gewordenen Tarifvereinbarungen für den öffentlichen Dienst sowie auf einen leichten Beschäftigtenanstieg zurückzuführen ist.

Anstieg bei Personalausgaben

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben wie im Jahr zuvor bei 26 Prozent.

Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal		2007	2008	2009
Beschäftigte	Anzahl	30 979	31 208	32 001
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 0,6	+ 0,7	+ 2,5
Personalausgaben	Mill. Euro	1 106	1 187	1 257
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 0,3	+ 7,3	+ 5,9

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Die kreisfreien Städte hatten 25 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften = VG) sowie den Landratsämtern lag die Personalausgabenquote bei 25 bzw. 31 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das sowohl bei den kreisfreien Städten als auch bei den Landratsämtern ein Anstieg um einen Prozentpunkt.

In den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften trat keine Veränderung ein.

Thüringen zweitniedrigste Personalausgaben je Einwohner im Vergleich der neuen Länder

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 557 Euro nach Mecklenburg-Vorpommern (545 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 36 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 23 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes. Die Entwicklung der Personalausgaben je Einwohner der neuen Bundesländer wurde auch durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beeinflusst.

Personalausgaben in Euro je Einwohner

Flächenländer	2007	2008	2009
Sachsen	469	517	575
Mecklenburg-Vorpommern	493	518	545
Thüringen	481	521	557
Sachsen-Anhalt	577	611	624
Brandenburg	588	629	660
neue Bundesländer	517	557	593
früheres Bundesgebiet	533	553	580

Der Anstieg der Personalausgaben je Einwohner setzt sich in allen Gebietskörperschaftsgruppen fort.

Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Flächenländer	2007	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008 in %
Kreisfreie Städte	498	529	560	+ 5,9
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. VG)	281	304	307	+ 1,0
Landkreise	194	215	229	+ 6,5
Gemeinden und Gemeindeverbände	481	521	557	+ 6,9

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u. a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Höhere Ausgaben für den laufenden Sachaufwand

Im Jahr 2009 mussten die Kommunen dafür insgesamt 846 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 806 Mill. Euro. Dieser Anstieg ist vorrangig auf höhere Kosten für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, die gestiegenen Unterhaltungskosten für Grundstücke und bauliche Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens sowie auf höhere Geschäftsausgaben zurückzuführen.

Weiterer Anstieg der sozialen Leistungen

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie diverse Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2009 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 1 073 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um mehr als ein Prozent bzw. 13 Mill. Euro.

Bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe war ein Anstieg der Sozialhilfeausgaben um 16 Mill. Euro auf insgesamt 403 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 139 Mill. Euro 6 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung blieben gegenüber dem Jahr zuvor annähernd konstant und erreichten ein Volumen von 52 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 12 Mill. Euro 2 Mill. Euro weniger gezahlt als im Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen durch die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften in Höhe von 329 Mill. Euro (- 7 Mill. Euro) sowie durch direkt gezahlte Leistungen an Arbeitsuchende in Höhe von 102 Mill. Euro (- 2 Mill. Euro).

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für 1-Euro-Jobs und Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz u. a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen 35 Mill. Euro und somit knapp eine Million Euro mehr als im Jahr zuvor.

Die Ausgaben für **Sachinvestitionen**, die nach permanenten Rückgängen in den zurückliegenden Jahren im Jahr 2006 erstmals wieder gestiegen waren, wurden im Jahr 2007 wieder auf 668 Mill. Euro zurückgefahren, stiegen jedoch in den Jahren 2008 und 2009, bedingt durch den Mittelzufluss aus dem Konjunkturpaket II, spürbar an.

Ausgaben für Sachinvestitionen gestiegen (Mittelzufluss Konjunkturpaket II)

Ausgaben für Sachinvestitionen in Mill. Euro

	2007	2008	2009
Baumaßnahmen	591	582	695
Erwerb von Sachvermögen	76	107	91
Sachinvestitionen insgesamt	668	689	786
Veränderung zum Vorjahr %	- 3,8	+ 3,2	+ 14,1

Es wurden 97 Mill. Euro mehr investiert als im Jahr zuvor. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände 786 Mill. Euro für Sachinvestitionen aus.

Davon war bei den Ausgaben für Baumaßnahmen ein Anstieg um 113 Mill. Euro oder fast 20 Prozent auf insgesamt 695 Mill. Euro zu verzeichnen, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen sanken dagegen um 16 Mill. Euro auf 91 Mill. Euro.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr wie folgt dar.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen stiegen in den sechs kreisfreien Städten um 20 Mill. Euro bzw. 23 Prozent. Die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 45 Mill. Euro (+ 9 Prozent) höher waren als im Vorjahr. Bei den Landratsämtern war ein Anstieg in Höhe von 33 Mill. Euro (+ 31 Prozent) zu verzeichnen.

Als eine Unterposition von den Sachinvestitionen war, bedingt durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II, bei den Ausgaben für Baumaßnahmen ein Anstieg um 113 Mill. Euro (+ 19 Prozent) zu verzeichnen.

An dieser Entwicklung waren die sechs kreisfreien Städte mit 18 Mill. Euro beteiligt, während die Gemeinden/VG und Landratsämter ihre Ausgaben für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr um 63 Mill. Euro bzw. 33 Mill. Euro erhöhen konnten.

Beim Erwerb von Sachvermögen als zweite Unterposition von den Sachinvestitionen war nur bei den kreisfreien Städten ein Anstieg (+ 2 Mill. Euro) festzustellen.

In den Gemeinden und VG wurden hierfür 18 Mill. Euro weniger investiert. Die Landratsämter gaben mit 20 Mill. Euro insgesamt ebensoviel aus wie im Jahr zuvor.

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2009 bei 17 Prozent. Sie lag damit zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und fünf Prozentpunkte über dem des früheren Bundesgebietes.

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 695 Mill. Euro entfielen 70 Prozent (487 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (118 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (90 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (nachstehende Tabelle) zeigt, dass knapp zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Städteplanung, Straßen, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Positive Entwicklung bei Bauinvestitionen nach Bereichen

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für Baumaßnahmen insbesondere in den Aufgabenbereichen Schulen, Abwasserbeseitigung und Straßen beträchtlich gestiegen.

Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Ausgaben für Baumaßnahmen an Schulen überdurchschnittlich

Aufgabenbereich	2007		2008		2009		Veränderung 2009 zu 2008 %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schulen	68	29	54	24	96	43	+ 77,7
Städteplanung	101	44	108	48	107	48	- 1,0
Straßen	167	73	173	76	194	86	+ 11,6
Abwasserbeseitigung	7	3	5	2	7	3	+ 31,8
Grundvermögen	41	18	37	16	38	17	+ 2,4
Insgesamt	591	257	582	255	695	308	+ 19,5

Anteil der Steuereinnahmen nur halb so hoch wie in den alten Bundesländern

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2009 auf 1 101 Mill. Euro. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 21 Prozent (NBL = 22 Prozent, früheres Bundesgebiet = 40 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte ebenfalls 21 Prozent (NBL = 23 Prozent, früheres Bundesgebiet = 38 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Steuereinnahmen um 161 Mill. Euro (- 14 Prozent).

Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen ähnlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 294 Mill. Euro um 49 Mill. Euro (- 14 Prozent) geringere Steuereinnahmen als 2008 verbuchten, nahmen die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 707 Mill. Euro 112 Mill. Euro weniger ein (- 14 Prozent).

Vorletzter Platz bei Steuereinnahmen im Vergleich der neuen Länder

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 444 Euro nach Mecklenburg Vorpommern (432 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 495 Euro; früheres Bundesgebiet = 888 Euro) und erreichte damit die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 41 Prozent (Vorjahr: 47 Prozent) an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2009 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 414 Mill. Euro trotz des Rückganges um 130 Mill. Euro dennoch die ergiebigste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2009 mit 177 Mill. Euro ebensoviel Mittel wie im Vorjahr in die Gemeindekassen. Aus dem konjunkturabhängigen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 324 Mill. Euro ein, 30 Mill. Euro weniger als vor Jahresfrist. Weitere Zahlungen in Höhe von 75 Mill. Euro (- 2 Mill. Euro) erhielten die Kommunen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Mit 11 Mill. Euro oder einem Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus, wobei mit jeweils 5 Mill. Euro die Hundesteuern und die Vergnügungssteuern heraus ragen.

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuerart	2007		2008		2009		Veränderung 2009 zu 2008 %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Grundsteuer A + B	176	77	177	78	177	78	+ 0,0
Gewerbesteuer (netto)	469	204	544	239	414	184	- 23,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	262	114	354	155	324	143	- 8,6
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	74	32	77	34	75	33	- 2,6
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	11	5	11	5	11	5	+ 7,8
Insgesamt	992	431	1 163	510	1 001	444	- 13,9

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u. a. neben Gebühren-einnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 599 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um 6 Mill. Euro gestiegen.

Leicht gestiegene
Einnahmen aus Ver-
waltung und Betrieb

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2007		2008		2009		Veränderung 2009 zu 2008 %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Gebühren, sonstige Entgelte darunter	299	130	312	137	319	141	+ 2,3
Verwaltungsgebühren	56	24	55	24	57	25	+ 1,9
Benutzungsgebühren	217	94	227	99	228	101	+ 0,6
Zweckgebundene Abgaben	3	1	3	1	3	1	+ 14,1
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen darunter	181	79	178	78	175	78	- 1,4
Einnahmen aus Verkauf	40	17	32	14	29	13	- 9,7
Mieten und Pachten	88	38	88	39	88	39	- 0,4
Gewinnanteile, Konzessions- abgaben	117	51	103	45	105	46	+ 1,6
Insgesamt	597	260	592	260	599	265	+ 1,0

Während u. a. die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten um eine Mill. Euro stiegen, sanken die Einnahmen aus Verkauf um 3 Mill. Euro. Aus Gewinnanteilen von Unternehmen und aus Konzessionsabgaben nahmen die Kommunen insgesamt 105 Mill. Euro ein, wobei eine Mill. Euro aus Gewinnanteilen weniger und aus Konzessionsabgaben 2 Mill. Euro mehr in die Gemeindekassen flossen.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie u.a. Bußgelder und Einnahmen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen waren mehr als 4 Mill. Euro höher als im Vorjahr.

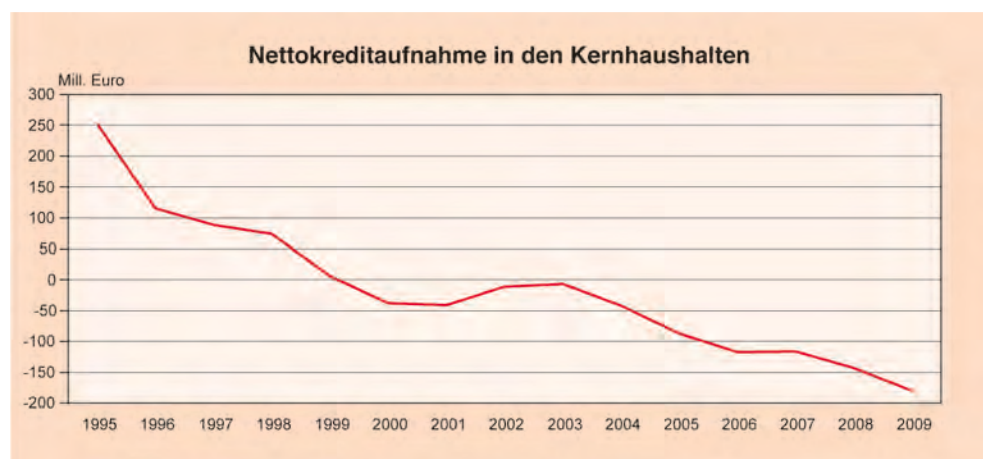
Um eine Mill. Euro niedriger waren die sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, wie Umsatzsteuereinnahmen, Zahlungen aus Schadensfällen, Ersätze für Zins- und Tilgungsleistungen usw.

Schuldentilgungen höher als Neuaufnahmen

Die Sparbemühungen der Kommunen verdeutlicht auch die Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt).

Die Nettokreditaufnahme belief sich im Jahr 1992 auf 616 Mill. Euro und stieg im Jahr 1993 um weitere 41 Mill. Euro auf insgesamt 657 Mill. Euro an. Von 1994 bis 1998 konnte diese dann sukzessive auf 52 Mill. Euro gesenkt werden.

Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um eine Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2009 konnten durch die Thüringer Kommunen bereits 181 Mill. Euro (Vorjahr 143 Mill. Euro) mehr getilgt werden als neue Schulden aufgenommen wurden.



Der **Schuldenstand** belief sich am Ende des Jahres 2009 auf 2 344 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 039 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2009 einen Schuldenstand von 487 Mill. Euro (879 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 348 Mill. Euro und die Landratsämter waren mit 509 Mill. Euro verschuldet.

Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden	2007		2008		2009		Veränderung 2009 zu 2008 %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	182	79	228	100	154	68	- 33,1
Schuldentilgung am Kreditmarkt	300	130	372	163	335	148	- 10,4
Schuldenstand insgesamt	596	1 128	2 456	1 078	2 344	1 039	- 4,5
Kassenkredite	109	48	99	44	99	44	+ 0,1

Je Einwohner ergibt sich für die kreisangehörigen Gemeinden/VG bzw. für die Landkreise, unter Zugrundelegung der gleichen Bevölkerungszahl, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 792 Euro bzw. 299 Euro.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 238 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 184 Euro). Danach folgen die Thüringer (1 039 Euro) und dann die sächsischen Gemeinden (817 Euro).

Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich der neuen Bundesländer

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 618 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände wie schon im Jahr zuvor zusätzliche Kassenkredite in Höhe von 99 Mill. Euro in Anspruch nehmen. Die kreisfreien Städte benötigten davon 40 Mill. Euro und somit knapp zwei Mill. Euro weniger als im Jahr 2008.

Rückgang bei Kassenkrediten zur Liquiditätssicherung

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mussten mit insgesamt 30 Mill. Euro doppelt so hohe Kassenkredite in Anspruch nehmen als im Jahr zuvor (+ 15 Mill. Euro).

In den Landratsämtern wurden mit fast 30 Mill. Euro knapp 13 Mill. Euro weniger beansprucht als vor Jahresfrist.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen hohen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2009 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 817 Mill. Euro. Das waren 163 Mill. Euro mehr als im Jahr zuvor.

Landeszuweisungen gestiegen

Die an die Gemeinden und Landkreise gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 222 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Anstieg zum Vorjahr um 138 Mill. Euro festzustellen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land stiegen ebenfalls und lagen mit insgesamt 370 Mill. Euro um mehr als 43 Mill. Euro über dem Vorjahresbetrag.

Im Jahr 2009 wurden 298 Mill. Euro (Vorjahr 312 Mill. Euro) als Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2007		2008		2009		Veränderung 2009 zu 2008 %
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 284	993	2 327	1 021	2 447	1 084	+ 5,2
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen vom Land	422	183	327	143	370	164	+ 13,2
Insgesamt	2 706	1 176	2 654	1 165	2 817	1 248	+ 6,2

Weitere 927 Mill. Euro (- 4 Mill. Euro) wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet.

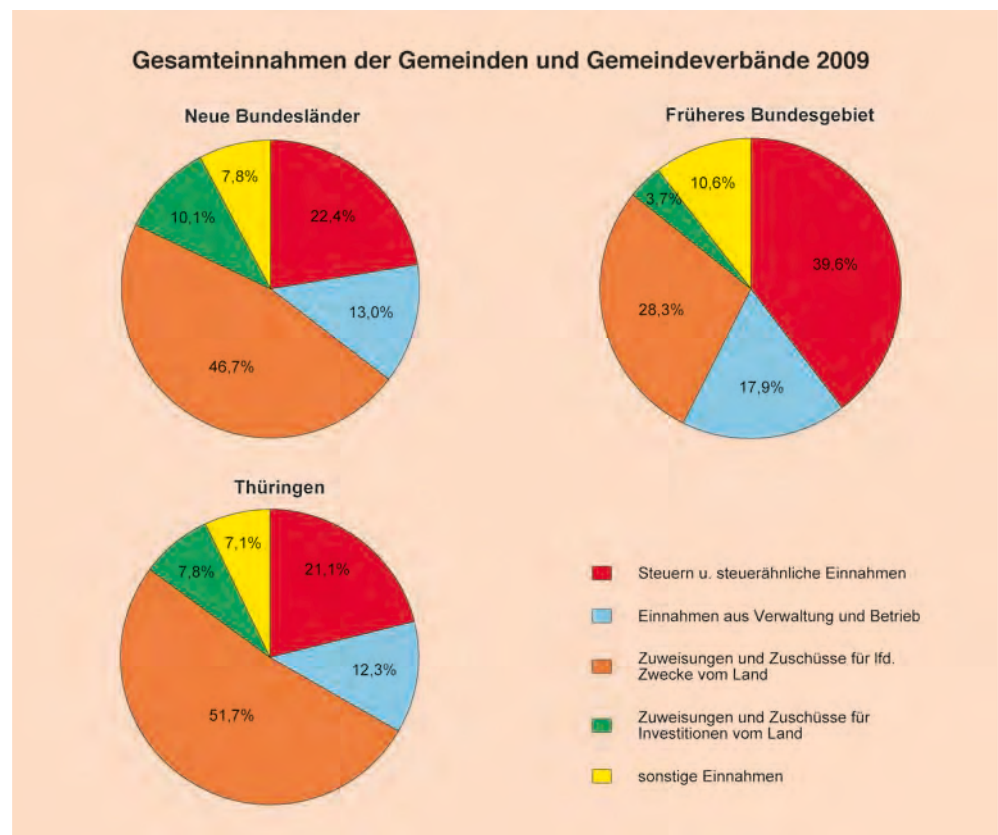
Nach wie vor hoher Anteil an Landeszuweisungen in den neuen Ländern

In Thüringen kommen 59 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 54 Prozent, in den Ländern des früheren Bundesgebietes entfallen nur 30 Prozent auf diese Einnahmequelle.

Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (40 Prozent der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern noch eine deutlich geringere Rolle spielen (23 Prozent der Gesamteinnahmen).

Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen hat sich in Thüringen seit Mitte der neunziger Jahre von 10 Prozent sukzessive bis auf den heutigen Anteil von 21 Prozent erhöht, wobei dieser Anteil im Vorjahr bereits bei 24 Prozent lag.

Angesichts der im Jahr 2009 auf Grund der Wirtschaftskrise rückläufigen Steuereinnahmen und der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Einnahmen aus Landeszuweisungen resultieren, haben die Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung.



Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgaben- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2008	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2008	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2008	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2008
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	%		%
Personalausgaben	1 257	1 187	+ 5,9	310	293	+ 5,8	557	523	+ 6,5	390	370	+ 5,3
Laufender Sachaufwand	846	806	+ 4,9	212	203	+ 4,3	351	329	+ 6,6	283	274	+ 3,4
Soziale Leistungen	1 073	1 060	+ 1,2	342	332	+ 2,8	12	13	- 8,7	720	715	+ 0,6
Zinsausgaben	109	122	- 10,4	22	28	- 20,1	61	65	- 6,1	26	29	- 10,9
Sachinvestitionen	786	689	+ 14,1	107	87	+ 22,7	542	497	+ 9,0	138	105	+ 31,1
Sonstige Ausgaben	1 252	1 175	+ 6,6	271	270	+ 0,2	826	757	+ 9,1	155	147	+ 5,0
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	574	523	+ 9,6	6	6	- 2,8	125	117	+ 6,4	443	400	+ 10,7
Gesamtausgaben ¹⁾	4 750	4 515	+ 5,2	1 258	1 208	+ 4,2	2 224	2 067	+ 7,6	1 267	1 240	+ 2,2
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	1 001	1 163	- 13,9	294	344	- 14,4	707	819	- 13,7	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 447	2 327	+ 5,2	653	620	+ 5,2	825	783	+ 5,4	970	925	+ 4,9
davon												
Schlüsselzuweisungen	1 222	1 084	+ 12,8	289	241	+ 19,8	627	571	+ 9,8	305	271	+ 12,8
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	437	460	- 4,9	134	141	- 4,9	80	95	- 15,6	223	223	0,2
Erstattungen und laufende Zuweisungen	788	784	+ 0,5	229	238	- 3,5	117	116	+ 0,8	442	430	+ 2,7
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	599	592	+ 1,0	171	169	+ 1,1	279	276	+ 1,2	148	147	+ 0,7
Zuweisungen für Investitionen vom Land	370	327	+ 13,2	69	77	- 9,8	245	201	+ 21,5	56	48	+ 15,3
Sonstige Einnahmen	927	911	+ 1,7	81	95	- 14,9	260	267	- 2,9	586	549	+ 6,8
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	574	523	+ 9,6	6	6	- 2,8	125	117	+ 6,4	443	400	+ 10,7
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 771	4 797	- 0,6	1 262	1 299	- 2,8	2 191	2 229	- 1,7	1 318	1 269	+ 3,8
Finanzierungssaldo	21	282	- 92,6	4	91	- 95,3	33	162	x	50	29	+ 71,7
Schuldenaufnahme ²⁾												
am Kreditmarkt	154	230	- 33,1	48	49	- 2,4	87	131	- 33,7	19	50	- 62,0
Schuldentilgung ²⁾												
am Kreditmarkt	335	374	- 10,4	121	96	+ 26,0	165	193	- 14,3	49	85	- 42,8
Schuldenstand am 31.12. ²⁾	2 344	2 456	- 4,5	487	503	- 3,1	1 348	1 416	- 4,8	509	537	- 5,2

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik